

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulle Schauws, Sven Lehmann, Canan Bayram,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/27878 –**

Bundesweite Studie – Sorgerechtsentzug bei und Diskriminierung von Müttern mit lesbischen Beziehungen und ihren Kindern

A. Problem

Bis in die 1990er Jahre lebten in Deutschland lesbische und bisexuelle Mütter in Angst, Abhängigkeit und Sorge um den drohenden Verlust des Sorgerechts ihrer Kinder und den Unterhalt, wenn sie sich von ihrem Ehemann scheiden ließen, um in einer Liebesbeziehung mit einer Frau zu leben. Mit der Begründung der Gefährdung des Kindeswohls wurde einigen Frauen tatsächlich das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen. Bislang fehlte nach Auffassung der antragstellenden Fraktion eine bundesweite Aufarbeitung und genaue Zahlen, wie viele Frauen von einem Sorgerechtsentzug betroffen oder bedroht waren, sowie zur Lage der lesbischen und bisexuellen Mütter in der DDR.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27878 abzulehnen.

Berlin, den 5. Mai 2021

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sabine Zimmermann (Zwickau)
Vorsitzende

Dr. Silke Launert
Berichterstatterin

Susann Rührich
Berichterstatterin

Nicole Höchst
Berichterstatterin

Matthias Seestern-Pauly
Berichterstatter

Norbert Müller (Potsdam)
Berichterstatter

Ulle Schauws
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Silke Launert, Susann Rührich, Nicole Höchst, Matthias Seestern-Pauly, Norbert Müller (Potsdam) und Ulle Schauws

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/27878** in seiner 221. Sitzung am 15. April 2021 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Da es bisher eine bundesweite Aufarbeitung und genaue Zahlen weder zu der Frage, wie viele Frauen von einem Sorgerechtsentzug betroffen oder bedroht waren, wenn sie sich von ihrem Ehemann scheiden ließen und in einer Liebesbeziehung mit einer Frau lebten, noch zur Lage der lesbischen und bisexuellen Mütter in der DDR gebe und dieses Kapitel der deutschen Geschichte und das damit verbundene Unrecht aufgearbeitet werden müssten, sollte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, eine interdisziplinär angelegte bundesweite Studie „Sorgerechtsentzug bei und Diskriminierung von Müttern mit lesbischen Beziehungen und ihren Kindern“ in Auftrag zu geben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/27878 in seiner 148. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/27878 in seiner 80. Sitzung am 5. Mai 2021 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/27878 in seiner 94. Sitzung am 5. Mai 2021 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Berlin, den 5. Mai 2021

Dr. Silke Launert
Berichterstatteerin

Susann Rührich
Berichterstatteerin

Nicole Höchst
Berichterstatteerin

Matthias Seestern-Pauly
Berichterstatte

Norbert Müller (Potsdam)
Berichterstatte

Ulle Schauws
Berichterstatteerin

